

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

30. Januar 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Überfällen und Anschlägen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Zabul, Uruzgan, Helmand, Kandahar (Süden), Baghlan (Nordosten), Jawzjan, Faryab (Norden), Nangarhar (Osten), Paktia (Südosten), Farah und Herat (Westen).



Anschläge und Übergriffe

Am 26.01.17 wurde bei einem Bombenanschlag in Ghazni ein Zivilist getötet und zwei verletzt. In Helmand (Süden) steckten vermutlich Taliban eine Klinik in Brand. In der Provinz Kandahar (Süden) kam es an der Grenze zu Pakistan zu Schießereien zwischen afghanischen und pakistanischen Grenzern, als Militante die Grenze überquerten.

Am 29.01.17 enthaupteten Taliban in der Provinz Logar (Zentrum) einen 19-jährigen, außerdem schnitten sie ihm die Hände ab. In Zabul (Süden) starben zwei Kinder bei der Explosion eines Blindgängers.

Irak

Kurdistan

Am 24.01.17 gab die PKK die Gründung einer bewaffneten Yeziden-Einheit bekannt.

Provinz Salah ad-Din

In Salah ad-Din wurden 31 Personen wegen Beteiligung am „Speicher-Massaker“ hingerichtet. Bei diesem Massaker tötete 2014 der IS 1.700 Kadetten der irakischen Armee. Beobachter gehen davon aus, dass die Geständnisse unter Folter erzwungen wurden und die Prozesse keinen rechtsstaatlichen Standards genügen.

Provinz Diyala

Nachdem wiederholt die Explosion einer Landmine aus dem Iran-Irak-Krieg einen Großteil einer Schafherde tötete, erwägt das Verteidigungsministerium, verstärkt Kampfmittel zu räumen.

Alliierte Operationen gegen den IS

Der IS soll sich aus seinem Ausweich-HQ in der Nähe von Tel Afar zurückgezogen und dabei umfangreiches Archivmaterial vernichtet haben.

Am 26.01.17 aktualisierte das irakische Innenministerium seine Schätzung zu Binnenflüchtlingen, die durch Kämpfe in Westmossul erwartet werden, auf 250.000.

Türkei

Onlinemedium „Özgürüz“ gesperrt

Das neue deutsch-türkische Onlinemedium „Özgürüz“ (<https://ozguruz.org/de/ozguruz-de/>) ist zwei Tage nach dem Launch der Website laut Medienberichten von der Türkei aus nicht mehr erreichbar. Die Berichterstattung sollte am 27.01.17 beginnen. Das Portal will nach Aussage des Chefredakteur Can Dündar über all jene Nachrichten informieren, die vor dem türkischen Volk geheim gehalten, zensiert oder verboten würden. Das in Berlin angesiedelte deutsch- und türkischsprachige Exil-Medium wird von der gemeinnützigen Rechercheplattform Correctiv unterstützt.

Kein Auslieferung an die Türkei

Am 26.01.17 beschloss der höchste griechische Gerichtshof in letzter Instanz, dass die acht türkischen Soldaten, die in Griechenland Asyl beantragt haben, nicht an die Türkei ausgeliefert werden. Es sei sehr unwahrscheinlich, dass sie dort ein faires Verfahren erhielten. Zudem wäre die Auslieferung nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar.

Die zwei Majore, vier Hauptleute und zwei Unteroffiziere waren Mitte Juli 2016 während des Putschversuchs in der Türkei per Hubschrauber nach Griechenland geflohen. Die türkische Regierung fordert seitdem ihre Auslieferung. Sie wirft ihnen vor, am Putsch beteiligt gewesen zu sein. Das bestreiten die Soldaten.

Syrien

Friedensverhandlungen

Am 24.01.17 gingen die zweitägigen Syrien-Friedensverhandlungen in der kasachischen Hauptstadt Astana ohne Durchbruch zu Ende. Laut Abschlussdokument wollen Russland, die Türkei und der Iran einen Mechanismus zur Überwachung und Stabilisierung der Feuerpause installieren. Zudem erklärten die drei Staaten, sie würden die Bereitschaft der bewaffneten Opposition unterstützen, an der nächsten Runde der Genfer Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Trinkwasserversorgung für Damaskus

Vergangene Woche soll es der syrischen Armee nach eigenen Angaben gelungen sein, die seit 2012 besetzte Region Wadi Barada zurückzuerobern und damit die Wasserversorgung für die Stadt Damaskus wieder zu sichern. Die Wasserversorgung war zuletzt seit Ende Dezember 2016 wegen der Kämpfe in der Region unterbrochen.

Libanon

Am 26.01.17 veröffentlichte Human Rights Watch (HRW) ein Statement gegen die Praxis, Zivilisten - zumal Minderjährige – durch Militärgerichte abzuurteilen, wenn es zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften kam. Mehrere hundert Fälle aus 2016 sind dokumentiert. HRW sieht keine Rechtsstaatlichkeit bei diesen Verfahren.

Innenpolitisch wird derzeit besonders über Vorschläge für ein Wahlgesetz debattiert. Seit 2009 gab es keine Parlamentswahlen mehr. Ziel ist eine Wahl im Mai 2017.

Jemen

Tote bei US-Luftangriffen gegen al-Qaida

Nach Angaben örtlicher Behörden starben durch US-Luftschläge in der Provinz Baida 41 mutmaßliche al-Qaida-Kämpfer sowie 16 Frauen und Kinder. Die Provinz wird zu großen Teilen von den schiitischen Houthi-Rebellen kontrolliert, die gegen die Truppen des sunnitischen Präsidenten Abd Rabbo Mansour Hadi kämpfen. Al-Kaida soll in der schwer zugänglichen Gebirgsregion über mindestens zwei Ausbildungslager verfügen.

Der Angriff war der erste großangelegte US-Luftwaffeneinsatz im Jemen seit Amtsübernahme von Trump als US-Präsident.

Libyen

Bereits in der letzten Woche gab es mehrere amerikanische Luftschläge auf IS-Lager in der Nähe Sirtes. Als Grund hierfür, wurde am 24.01.17 bekannt, dass Verbündete des Berlin-Attentäters Anis Amri sich in den Lagern aufgehalten hätten.

Die „3. Brigade“, die beschuldigt wird, Benzin- und Gaslieferungen in den Süden des Landes zu blockieren, bestritt dies öffentlich und beschuldigte die Libysche Nationalarmee (LNA) unter Khalifa Haftar.

Die LNA verkündete am 25.01.17, den Stadtteil Ganfouda in Benghazi von Islamisten zurückerobert zu haben. Am 27.01.17 hissten die letzten Islamisten in Ganfouda weiße Fahnen.

Stadt Tawergha (38 km südlich der Küstenstadt Misrata): Die NGO „Gerechtigkeit zuerst“ (Adala Auwwalan) organisierte eine erste Repatriierung von libyschen Flüchtlingen, die aus Tawergha vertrieben worden waren. Der Konvoi mit insgesamt 65 Personen aus 16 Familien erreichte am 25.01.17 Tobruk. Den Flüchtlingen, die im Rahmen der ethnischen Säuberung Tawerghas einen Großteil ihrer Habe verloren hatten, wurde pro Familie eine Wohnung sowie eine monatliche Unterstützung von 1.000 LD (etwa 250 Euro) für ein Jahr als Starthilfe gegeben. Adala Auwwalan kündigte weitere solcher Repatriierungen an. Doch sind die Kapazitäten und Ressourcen sehr begrenzt.

Marokko

Terrorzelle ausgehoben

Sicherheitskräfte haben eine Wohnung in El-Jadida (Hafenstadt am Atlantik, etwa 200.000 Einwohner, Verwaltungssitz der gleichnamigen Provinz) gestürmt und sieben Mitglieder einer Terrorzelle mit Verbindung zum IS festgenommen. Die Gruppe soll Anschläge in Marokko geplant haben. In der Wohnung wurden Sprengstoffgürtel, eine Maschinenpistole und Munition sowie Chemikalien zum Bombenbau gefunden.

Burundi

Amnestie

Eine Amnestie von rund 2.500 Gefangenen begann am 23.01.17 mit der Freilassung mehrerer hundert Häftlinge aus dem Gefängnis Mpimba in der Hauptstadt Bujumbura. Unter anderem kamen 58 Mitglieder der Oppositionspartei Mouvement pour la solidarité et la démocratie (MSD) frei, die 2014 an einer verbotenen Demonstration teilgenommen hatten.

Nigeria

Boko Haram: Mehrere Anschläge im Nordosten

Am 28.01.17 griffen im Bundesstaat Borno mutmaßlich Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram auf der Verbindungsstraße Maiduguri-Dambo-Biu einen von Soldaten eskortierten Autokonvoi an. Hierbei wurde laut Polizeiangaben eine Person, nach anderen Angaben wurden sieben Personen getötet.

Am 25.01.17 erschoss das Militär im Außenbereich von Bornos Hauptstadt Maiduguri einen Selbstmordattentäter bei einer Kontrollstelle im Gebiet Usmati, Mafa Local Government Area (LGA). Am frühen Morgen desselben Tages versuchten zwei Attentäter, ein Mann und eine Frau, im Gebiet Kaleri, (ebenfalls Mafa LGA) während des Morgengebets in eine Moschee zu gelangen. Als Angehörige der Bürgerwehr sie ansprachen, zündeten sie ihre Sprengsätze. Beide Attentäter und ein Mitglied der Bürgerwehr starben.

Am 23.01.17 attackierten im Bundesstaat Borno mutmaßlich Kämpfer der Boko Haram das Dorf (N)dagu (Askira-Uba Local Government Area). Laut Polizeiangaben töteten sie drei Dorfbewohner und entführten sieben Frauen. Die Häuser im Dorf wurden niedergebrannt.

Kamerun

Zuspitzung der Lage in den Regionen Süd- und Nordwest wegen Sprachenstreits

Am 17.01.17 wurden der Southern Cameroon National Council (SCNC) und die Cameroon Anglophone Civil Society Consortium (CACSC) verboten. Der SCNC propagiert die Sezession der beiden englischsprachigen Regionen Süd- und Nordwest, die CACSC tritt für einen föderalen Staat Kamerun ein. Das Verbot umfasst auch alle Aktivitäten, die diese Gruppen initiieren oder unterstützen. Der Präsident des CACSC, Nkongho Felix Agbor-Balla, und dessen Generalsekretär Fontem Aforteka'a Neba wurden verhaftet. Am selben Tag kappte der Staat auch den Internetzugang in den beiden anglophonen Regionen Süd- und Nordwest. Kurz vorher wurde eine SMS an alle Mobiltelefone verschickt, in der auf die hohen Strafen für die Verbreitung falscher Informationen in sozialen Netzen hingewiesen wurde. Bereits am 06.12.16 waren wegen Verleumdung der Regierung 18 Zeitungen und ein Radioprogramm sowie 27 Zeitungsverlegern die Betätigung für die Dauer von meist sechs Monaten bis zu einem Jahr verboten worden. Zwei Zeitungen wurden auf Dauer verboten und ihren Verlegern lebenslang die Arbeit als Journalist untersagt.

Diese Maßnahmen der Regierung erfolgten vor dem Hintergrund eines im Oktober/November 2016 begonnenen Streiks der anglophonen Lehrer und Anwälte in den beiden englischsprachigen Regionen Süd- und Nordwest wegen der bei Gericht und in Schulen zunehmenden Bevorzugung der französischen Amtssprache gegenüber der Englischen. Bei einer Reihe von Demonstrationen und Protestveranstaltungen gegen die Regierung, die von SCNC und CACSC unterstützten wurden, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Mehrere Protestierende kamen um oder erlitten Verletzungen. Eine Vielzahl wurde verhaftet.

Gambia

Neuer Präsident aus Exil zurückgekehrt

Gambias neuer Präsident, Adama Barrow, ist nach seiner Vereidigung im benachbarten Senegal am 26.01.17 in sein Heimatland zurückgekehrt. Er wurde von Tausenden jubelnder Menschen unter hoher Militärpräsenz in der Hauptstadt Banjul empfangen. Nach der Entmachtung Jammehs hatte das gambische Parlament den von ihm verhängten Ausnahmezustand am 24.01.17 aufgehoben. Zurzeit halten sich noch etwa 2.500 Soldaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) in Gambia auf, um für Sicherheit zu sorgen. Diese sollen auf Wunsch des neuen Präsidenten noch sechs Monate im Land bleiben. Nach Angaben eines Beraters von Barrow, werde es eine Amnestie, so wie von Jammeh gefordert, nicht geben. Neben dem abgewählten Präsidenten gingen auch Mitglieder seiner Regierung ins Exil. So soll der Gesundheitsminister Omar Sey ein Asylgesuch in der Schweiz gestellt haben. Gegen den Ex-Innenminister Ousaman Sonko, der sich ebenfalls in der Schweiz aufhält, liegt eine Strafanzeige wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit vor.

Somalia

Anschläge

Bei einem Doppelanschlag auf das Hotel Dayah im Stadtteil Waberi von Mogadischu am 25.01.17 starben mindestens 18 Menschen, unter ihnen ein Selbstmordattentäter sowie fünf weitere Angreifer. Etwa 40 Personen wurden verletzt. Zunächst explodierte vor dem Eingang des Hotels ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug. Bewaffnete stürmten anschließend das Gebäude. Ein weiteres Fahrzeug explodierte vor dem Hotel. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Bei zwei Angriffen der al-Shabaab am 24.01.17 auf somalische Truppen in der Stadt Afgoy (Region Lower Shabelle) kamen vier bzw. fünf Personen ums Leben. Am 23.01.17 töteten al-Shabaab-Kämpfer im Bezirk Burkhaba (Region Bay) fünf somalische Soldaten.

Kampfhandlungen

Bei schweren Gefechten zwischen kenianischen AMISOM-Truppen und al-Shabaab kamen nach einem Angriff der Extremisten auf eine Militärbasis in der Ortschaft Kolbiyow (Region Lower Juba, nahe der Grenze zu Kenia) am 27.01.17 viele Menschen ums Leben. Die genauen Opferzahlen sind unklar. Das

kenianische Militär sprach von 70 toten Islamisten, al-Shabaab gab an, 57 kenianische Soldaten getötet zu haben. Die kenianischen Truppen wehrten den Angriff ab. Durch Mörserbeschuss somalischer Einheiten auf mutmaßliche Stellungen der al-Shabaab im Distrikt Bulo-Marer (Region Lower Shabelle) kam am 26.01.17 ein Zivilist ums Leben, acht wurden verletzt. Am 24.01.17 eroberten Sicherheitskräfte der autonomen Übergangsverwaltung Jubaland und der AMISOM die Küstenstadt Badhadhe (Region Lower Juba) von al-Shabaab zurück. Nach dem Abzug der Sicherheitskräfte wenige Stunden später nahm al-Shabaab den Ort wieder ein. AMISOM-Einheiten und somalische Soldaten griffen am 24.01.17 al-Shabaab-Stellungen nahe Hudur (Region Bakol) an. Bei dem Gefecht kamen zwei Islamisten und zwei somalische Soldaten ums Leben.

Angebliche Spione hingerichtet

Al-Shabaab richtete in der Ortschaft Yaaq Baraw (Region Bay) am 26.01.17 drei Männer hin, die angeklagt waren, für die USA, Kenia und die somalische Regierung spioniert zu haben. Bereits am 10.01.17 waren in Buale (Region Middle) Juba drei Männer unter demselben Vorwurf exekutiert worden.

Kein Abzug burundischer Truppen

Nachdem sie am 20.01.17 eine Übereinkunft mit der Afrikanischen Union getroffen hatte, ließ die burundische Regierung die Drohung fallen, ihre Soldaten aus der AMISOM abzuziehen. Nach dem Abkommen wird die EU Soldzahlungen für Burundis Soldaten an die Afrikanische Union leiten, die ihrerseits die Auszahlungen über burundische Geschäftsbanken vornehmen wird (vgl. BN v. 23.01.17).

Wahlen

Die somalische Wahlkommission verkündete am 25.01.17, dass die Wahl des neuen somalischen Präsidenten am 08.02.17 stattfinden werde. Nach mehreren Verschiebungen war zuletzt der 24.01.17 als Wahltermin festgelegt worden.

Russische Föderation

Parlament billigt mildere Strafen bei häuslicher Gewalt

Das russische Abgeordnetenhaus (Duma) billigte am 27.01.17 fast einstimmig in dritter Lesung eine Gesetzesvorlage, die die Strafbarkeit häuslicher Gewalt für Ersttäter abschafft, sofern es sich nicht um schwere Körperverletzung oder eine Vergewaltigung handelt. Unter Familienangehörigen gelten Schläge, die keine ernsthaften Verletzungen verursachen, nicht mehr als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit. Da die Genehmigung des Gesetzes vom Föderationsrat (Oberhaus) und die Unterzeichnung durch Präsident Putin zu erwarten ist, kann ein Familienmitglied als Ersttäter künftig nur noch mit einer Geldstrafe oder 15 Tagen Haft bestraft werden. Bislang waren Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren vorgesehen. Häusliche Gewalt würde somit in Teilen praktisch entkriminalisiert. Kritiker befürchten betrachten die Neuregelung als gesellschaftlichen Rückschritt.

Nach Schätzungen von NGOs und der UNO werden in Russland täglich zehntausende Frauen von ihren Männern geschlagen bzw. Kinder von ihren Eltern misshandelt; zwischen 9.000 und 14.000 Frauen kämen pro Jahr durch häusliche Gewalt ums Leben. Die Russische Föderation ist eines von vier Mitgliedern des Europarats, die der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt nicht beigetreten sind.

Ukraine

Ukrainekonflikt: Heftiges Gefecht in Awdiiwka

Am 29.01.17 versuchten laut Angaben der ukrainischen Armee in der Ostukraine prorussische Rebellen das von Regierungstruppen gehaltene Industriegebiet der strategisch wichtigen Stadt Awdiiwka (nahe von Donezk) unter Einsatz von Artillerie zu erobern. Hierbei seien vier Soldaten getötet (drei der Regierung/einer der Aufständischen) und zwei (einer der Regierung/einer der Aufständischen) verletzt worden. Das Gefecht war eines der tödlichsten seit Wochen. Die Kämpfe stellen eine schwere Verletzung des am 24.12.16 zwischen der Regierung und den Rebellen in Kraft getretenen Waffenstillstands dar.

Vietnam

Aktivisten festgenommen

Am 21.01.17 wurde Tran Thi Nga (auch: Thuy Nga) in der nördlichen Provinz Ha Nam festgenommen. Wegen ihrer Veröffentlichungen im Internet wird ihr „Propaganda gegen die Sozialistische Republik Vietnam“ vorgeworfen, was mit drei bis zu 20 Jahren Haft geahndet werden kann. Sie engagiert sich für die Rechte von Wanderarbeitern und enteigneter Landbesitzer. Auch ihr Ehemann Phan Van Phong kam in Haft. Laut Human Rights Watch wurden in den vergangenen fünf Monaten mindestens ein Dutzend Blogger und Aktivisten festgenommen; mindestens 112 Blogger und Aktivisten verbüßen derzeit Haftstrafen.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de